

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 34.

Magdeburg, Donnerstag, den 10. Februar 1898.

9. Jahrgang.

Proletarier, rührt Euch gegen den Arbeitertrug!

In einem Aufruf, den wir lebhaft begrüßen, wendet sich die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg an alle organisierten Arbeiter. Sie bespricht zunächst die Einzelheiten des Geheimvertrages und schließt zu demselben folgenden: „Den Gedanken, welcher in diesen Fragen liegt, wird man dem Gesetz einverleiben. Man wird so die Arbeiter hindern, mit den Streikbrechern auch nur ein Wort sprechen zu können. Auch ohne zu drohen, ohne die Ehre eines Streikbrechers zu verletzen, werden dann die Arbeiter diesen nicht auf das Unrecht, das in seiner Handlung liegt, ja nicht einmal auf die Umstände des Streiks aufmerksam machen dürfen.“

Das Unternehmertum kann dann ungehindert die Arbeiter aus zurückgebliebenen Gegenden, oder auch Kulis zum Niederwerfen eines Streiks heranziehen. Bald wird ja auch der von Deutschland in China in Nacht genommene Landstreich von seinem Bevölkerungszuwachs dem deutschen Unternehmertum Streikbrecher liefern. Dann wird der patriotische deutsche Unternehmer mit den bedürfnislosen, knechteligen, bezopften Söhnen des himmlischen Reiches angezogen kommen, um die deutschen Arbeiter auf das Strafenpflaster zu werfen. Die geplante Verschärfung der Strafbestimmungen der Gewerbeordnung soll dazu dienen, diesen herrlichen Zustand ungehindert herbeiführen zu lassen.

Will die deutsche Arbeiterschaft sich dieses ruhig gefallen lassen? Das kann, das darf nicht geschehen! In allen Teilen des Landes, in dem ent-

ferntesten Winkel muß gegen ein solches Beginnen Protest erhoben werden. Der Terrorismus des Unternehmertums muß dargestellt, seine Unterdrückungsbestrebungen klar beleuchtet werden. Die harte Beurteilung der Vorgehen der Arbeiter bei Streiks muß in aller Deutlichkeit charakterisiert, es muß den Machern scharfer Gesetzesbestimmungen für die Arbeiter klar gemacht werden, daß die Arbeiterschaft heute keine willenlose Sklavenherde mehr ist, die sich widerstandslos stärkere Fesseln anlegen läßt, als sie schon zu tragen hat. Nicht Beschränkung, sondern Erweiterung des Koalitionsrechtes! Dieser Ruf muß in den nächsten Wochen aus allen Teilen des Landes denen in die Ohren klingen, welche bestrebt sind, auf einem Hinterwege den Arbeitern das ohnehin geringe Koalitionsrecht noch weiter zu beschneiden.

Diesen Appell an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands müssen auch die Magdeburger Arbeiter in besonderer ausgiebiger Folge leisten und durch einen Massenbesuch der geplanten Versammlungen beweisen, daß die Magdeburger Arbeiterschaft nicht zurücksteht, wenn es gilt, die wichtigsten Volksrechte zu verteidigen. Deshalb Arbeiter Magdeburgs, agitiert fleißig für diese Versammlungen, damit die geplante Demonstration eine vollständige wird und somit Zeugnis abgelegt wird, was das arbeitende Volk von denen hält, die es eines seiner wichtigsten Rechte entkleiden wollen.

Revolutions-Chronik.

Anno 1848.

Der vereinigte ständische Ausschuss zu Berlin verwirft in namentlicher Abstimmung mit 79 gegen 18 Stimmen § 148 des in Beratung stehenden Strafgesetzes. Nach diesem, von der Regierung hartnäckig verteidigten Paragraphen sollte die Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zweck oder Beschäftigungen es gehört, über Veränderungen der Staatsverfassung, des preussischen Staates oder des deutschen Bundes, zu berathschlagen, mit Gefängnis oder Festungshaft von 2 Monaten bis zu 2 Jahren an den Süßern, Vorstehern und Beamten der Verbindung aber mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten oder mit Festungshaft von 6 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft werden. Auch sollte Stellung unter polizeiliche Aufsicht statthalt sein. Gegen den Paragraphen stimmen u. a. alle schlesischen Mitglieder. Der Oberpräsident von Potsdam verbietet die Abendunterhaltungen, in denen der Stadtverordneten-Vorsteher den Bürgern die ihnen wenig bekannte Städte-Ordnung erläutert. Im großen Räte zu Basel beantragte Professor Schönbein: Es möge von Baselstadt dahin gewirkt werden, daß folgende Bestimmungen bei Anlaß der Bundesrevision in die neue Bundes-Urkunde aufgenommen werden: 1. Jeder Schweizer hat das Recht, in jedem Teile der Eidgenossenschaft sein Bekenntnis frei, ungehindert und öffentlich auszusprechen; 2. es giebt in der ganzen Eidgenossenschaft keine politischen Beschränkungen, welche sich an Religionsbekenntnisse knüpfen. Der Antrag wird mit 42 gegen 20 Stimmen dem kleinen Räte zur Begutachtung überwiesen.

Die Gehälter der Postunterbeamten.

(Rede des Reichstags-Abgeordneten Singer am 7. Februar.)

Bei Beratung des Postetats (Titel Unterbeamten) hatte die Budgetkommission folgende Resolution beantragt: „Den Reichskanzler zu ersuchen, das Anfangsgehalt der Postunterbeamten von 800 auf 900 Mark zu erhöhen und die im Rechnungsjahr 1898 hierfür nötigen Mittel durch einen Ergänzungsetat zu fordern.“

Abg. Singer beantragt dagegen, bereits im vorliegenden Etat selbst die Erhöhung des Minimalgehalts auf 900 Mark vorzunehmen. Gleichzeitig zur Diskussion gestellt wird der Titel Landbriefträger, zu dem folgende Resolution der Budgetkommission vorliegt: „Den Reichskanzler zu ersuchen, das Endgehalt der Landbriefträger von 900 Mark auf 1000 Mark zu erhöhen und die hierfür erforderlichen Mittel für das Rechnungsjahr 1898 durch einen Ergänzungsetat zu fordern.“

Zu Begründung seines Antrages führte der Abgeordnete Singer folgendes aus: „Es sind dieselben Anträge, die den Reichstag schon in der vorigen Session beschäftigt haben, wo sie in Form einer Resolution einstimmig angenommen wurden. Es handelt sich darum, diejenigen Unterbeamten, welche nach dem 1. April 1895 angestellt sind, in dasselbe Anfangsgehalt zu bringen, wie die, welche vor dem 1. April 1895 bereits angestellt waren; ferner um eine Erhöhung des Höchstgehalts der Landbriefträger von 900 auf 1000 Mark. In Betracht kommen hierbei 30 740 Unterbeamte und 18 300 Landbriefträger. Bei diesen Kategorien von Unterbeamten hat durch die Altersdienstzulage-Bestimmungen eine Verschlechterung stattgefunden. Im Jahre 1894/95, wo beide Klassen der Unterbeamten im Etat getrennt erschienen, von denen die eine 700, die andere 900 Mark Anfangsgehalt hatte, hatten wir 22 803 Unterbeamte. Diese bezogen damals 26 253 035 Mark, mithin durchschnittlich 1151 Mark; im Jahre 1898, wo beide Kategorien im Etat zusammengefaßt sind, beziehen die Beamten durchschnittlich 1132 Mark, mithin 19 Mark pro Kopf weniger, als

früher. Die Reichskasse erspart mithin 583 528 Mark. In bezug auf die Landbriefträger haben wir dieselbe Erscheinung: auch sie erhalten jetzt pro Kopf 6 Mark weniger und die Reichskasse erspart 109 800 Mark. Gründe gegen eine Erhöhung der Gehälter sind überhaupt nicht anzuführen. Welche Anträge stellen eine einfache Forderung der Gerechtigkeit dar und es herrscht volles Einverständnis darüber, daß die Aufbesserung der Gehälter notwendig ist. Gegen unseren Antrag werden nun zunächst staatsrechtliche Einwendungen erhoben, denen sich zu meinem großen Erstaunen auch der Abg. Lenzmann angeschlossen hat. Auch er glaubt, daß der Reichstag nicht einseitig Erhöhungen in den Etat aufnehmen dürfe. Der Abg. Lenzmann schüttelt mit dem Kopf. Ich freue mich, wenn ich ihn falsch verstanden haben sollte. Er schüttelt wieder. Umso mehr ist mein Erstaunen gerechtfertigt, daß er einen Standpunkt vertritt, der von seinen politischen Freunden bisher nicht eingenommen worden ist. Es ist durchaus kein Novum, wenn der Reichstag selbständig Etatsposten erhöht. Das ist das vorige Mal beim Nachtragsetat geschehen und ich vermag wirklich nicht einzusehen, welcher Unterschied zwischen einem Nachtragsetat und einem Hauptetat in dieser Hinsicht ist. Das Recht, Etatsposten selbständig zu erhöhen, ist ein notwendiger Bestandteil des Geldbewilligungsrechts. Der Reichstag ist nicht bloß dazu da, Gelder zu bewilligen, die die Regierung verlangt oder Abstriche vorzunehmen, er ist ein gleichberechtigter Faktor.

Wenn die Regierung die Forderungen nicht bewilligen will, hat sie es ja in der Hand, den Etat abzulehnen, das wird sie aber nicht thun. Das Centrum hat einen andern Weg eingeschlagen. Es will die Dinge in der Schwebe lassen und fordert den Reichskanzler nur auf, in einem Nachtragsetat die notwendige Summe für die Erhöhung der Gehälter dem Reichstag vorzulegen. Ich fürchte, das Schicksal dieser Centrumsresolution wird dasselbe sein, wie das der Resolution vom vorigen Jahre. Im vorigen Jahre forderten wir die Regierung auf, im diesjährigen Etat die Erhöhung vorzunehmen, diesmal soll sie aufgefordert werden, in einem Nachtragsetat das gleiche zu thun. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob Sie auf diese Weise Ihren Wunsch durchsetzen werden. Wenn die Regierung die Forderung nicht erfüllen will, so liegt das ja viel weniger daran, daß sie die Berechtigung der Forderung bestritten. Aber sie will nicht eher vorgehen, als bis in Preußen die Erhöhung der Beamtengehälter vorgenommen ist. Bis zum Ueberdruß ist uns vorezählt worden, daß der Reichstag die Verpflichtung habe, in den Bahnen Preußens zu wandeln. Dagegen kann nicht scharf genug protestiert werden. Gerade umgekehrt ist es richtig. Das Reich muß den Einzelstaaten, Preußen mit einbegriffen, vorgehen. Die Herren vom Centrum wollen ihre parlamentarische Machtposition dadurch wahren, daß sie die Forderung der verbündeten Regierungen auf Erhöhung des Gehalts der Staatssekretäre mit der Erhöhung des Gehalts der Unterbeamten in Verbindung bringen, und die erstere ablehnen, so lange die letztere nicht bewilligt ist. Das sieht nach außen hin ja recht hübsch aus, aber sachlich bedeutet es nicht viel. Ich habe hier zu erklären, daß meine Partei, auch wenn die Gehälter der Unterbeamten erhöht werden, nicht daran denkt, für die Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre zu stimmen. Wir würden es nicht bedauern, wenn der Etat um diese Summe entlastet würde. Ich kann auch nicht einsehen, inwiefern eine Verbindung zwischen diesen beiden Forderungen herzustellen ist. Die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten ist absolut notwendig, und das unabhängig von der Bewilligung der Gehälter der Staatssekretäre. Das ist weiter kein Trost für mich, daß die Staatssekretäre die Zulage auch nicht bekommen. Zur Not können sie auch noch ein Jahr warten. Schließlich kommen sie, wenn sie sich große Mühe geben, auch mit 24 000 Mk. Die Unterbeamten, die Landbriefträger, haben diese

Zeit nicht. Für sie spielt es eine große Rolle, ob sie die 100 Mark, die ihnen zugebacht sind, ein Jahr früher erhalten oder nicht. Leider besteht ja keine große Aussicht, daß unser Antrag angenommen wird. Es handelt sich zwar nicht um große Summen, die in den Etat einzustellen sind; im ersten Falle um 1 1/2 Millionen Mark, im zweiten Falle um 190 000 Mark, und ich glaube nicht, daß an dieser Erhöhung die verbündeten Regierungen den Etat scheitern lassen werden. Auch für das Centrum hätte die Zustimmung zu unserem Antrag große Bedeutung. Es würde ihm als Vorspann für seine Bestrebungen im Landtage dienen, und es könnte Herrn Miquel den Wind aus den Segeln nehmen. Aber durch den Weg, den es einzuschlagen gewillt ist, erweist es den Leuten, deren Forderungen es selber als berechtigt anerkannt hat, keinen guten Dienst. Wenn wir aber auch prinzipiell nicht in der Lage sind, dem Centrum auf diesem Wege zu folgen, so werden wir selbstverständlich, wenn unser Antrag abgelehnt werden sollte, für den Kommissionsantrag stimmen.

Wie wir bereits in voriger Nummer mitteilten, konnten sich die anderen Parteien nicht dazu entschließen, den vom Abg. Singer empfohlenen Weg zu gehen. Hinter welchen leeren Aussichten sie sich verschanzten, um ihr ablehnendes Votum zu rechtfertigen, ergibt sich aus nachstehender Diskussion über den Antrag Singer.

Abg. Dierpfort (Centr.): Die Wichtigkeit der Zahlenangaben des Abg. Singer.

Abg. v. Kardorff (konf.): In der staatsrechtlichen Frage wird die Majorität schwerlich mit dem Abg. Singer übereinstimmen. Der Reichstag soll kein Nationalkonvent werden, der selbständig das Land regiert.

Abg. Müller-Futba (Centr.): Wenn gleich der Reichstag das Recht zur selbständigen Summeinstellung in den Etat hat, so ist der Weg der Resolution doch der wirkungsvollere; ich hoffe, daß er zum Ziele führen wird.

Abg. Werner (Kons.) erklärt sich gleichfalls für die Resolution; den Antrag Singer halte er doch für auschließend.

Abg. Dr. Hamacher (natl.): Ich schließe mich den staatsrechtlichen Bedenken des Abg. v. Kardorff an. Ich gehöre 35 Jahre dem parlamentarischen Leben an und kann mich eines gegenseitigen Präzedenzfalles nicht entsinnen. Ich hoffe, daß die Regierung nach dem Grundsatze „noblesse oblige“ uns entgegenkommen wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Lirer (Centr.) betont, daß ein Ausgleich in den Beamtengehältern nicht nur nach oben, sondern besonders nach unten stattfinden müsse.

Abg. Graf Mollath (konf.): Der Antrag Singer ist ein staatsrechtliches Novum. Ich wünsche den Landbriefträgern alles Gute, aber ich werde weder für die Resolution, noch für den Antrag Singer stimmen, um keinen Preis auch die Regierung auszuhalten.

Die Diskussion wird geschlossen, der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, die Resolution der Kommission angenommen.

Damit ist die Gehaltsaufbesserung der Postunterbeamten wiederum aufs neue hinausgeschoben. Die Unterbeamten aber können aus dem Verlauf der Dinge wiederum ersehen, wo sie ihre wahren Freunde zu suchen haben.

Aus den Kommissionen.

Budgetkommission.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Beratung des Etats für das südwesafrikanische Schutzgebiet fortgesetzt und die in voriger Sitzung abgebrochene Verhandlung über die Forderungen des Extraordinariums: zu Neubauten, Wege- und Wasseranlagen 258 000 Mark, sowie zur Fortführung der Eisenbahn und des Telegraphen von Swatopmund nach Windhoek 1 000 000 Mark wieder aufgenommen. Unterstaatssekretär v. Nischthofen verweist auf den dem Reichskanzler erstatteten Bericht, wonach der Bahnbau unumgänglich notwendig sei zur Abhilfe der durch den Ausbruch der Minderpest im Schutzgebiet geschaffenen Notlage, wenn nicht das Vertrauen der Eingeborenen zur Reichsregierung gänzlich erschüttert werden sollte. Politische und wirtschaftliche Gründe hätten die Regierung bestimmt, den Bahnbau selbst in die Hand zu nehmen, ein Privatkomitee würde nicht in der Lage sein, den Bau so zeitig und schnell fertig zu stellen, wie es das Interesse der Kolonie erheische. Spezielle Kostenschätzungen könnten erst im Mai gegeben werden, da das Eisenbahn-Kommando erst am 11. September v. J. dort eingetroffen sei. Die Verzinsung des Kapitals sei sicher. Der Kostenaufwand würde pro Jahr etwa 325 000 Mark betragen, und durch den Frachtverkehr würden die Zinsen des Kapitals und die Betriebskosten gedeckt werden. Die South-Westafrika-Comp. müsse sämtliche Eisenbahn- und Dampftrieb-Konzessionen an das Reich abtreten, man könnte ihr dafür vielleicht die Bergwerks-Konzessionen etwas erweitern. Staatssekretär v. Thielmann: Das Reichssekretariat sei zuerst am 1. Juli v. J. mit der Frage beschäftigt worden, während der Reichstag bereits am 25. Juni auseinandergegangen sei. Bei dem Zusammentreten des Reichstages zur gegenwärtigen Session sei ihm auch sofort der Etat für Südwestafrika zugegangen. Ueber die Einzelheiten desselben und ob eine Anleihe aufzunehmen sei, könne ja der Reichstag noch verhandeln. Abgeordneter von Kardorff ist dafür, die Schutzgebiete als einzelne juristische Personen zu behandeln. Man müsse fragen, wie stehet jedes einzelne zu Buche, und dann sei der Weg der Anleihe der gangbarste. Abg. Richter: Man dürfe die finanzielle Frage nicht zu leicht nehmen. Nach der Verfassung müssen die Ausgaben jedes Jahres auf den Etat übernommen werden. Man brauche nur die Debets der einzelnen Jahre zu addieren, dann wisse man, was die Kolonien kosteten. Die Schutzgebiete seien Kronkolonien ohne eigene Selbständigkeit. Besondere Kolonialanleihen dürfe man nicht auflegen. Man könne auch keine zweite Rate bewilligen, ehe die erste erledigt wäre. Ein besonderes Gesetz sei nötig zur Bewilligung der ersten Rate. Unterstaatssekretär Nischthofen: Die

In einer kleinen englischen Provinzstadt kam unlängst die wirkungsvollste Hamlet-Aufführung, die ein Theater je erlebt zu haben sich rühmen dürfte, zu stande. Eine reisende Schauspielertruppe hatte für den Abend eine Hamlet-Vorstellung angefangen, und da die Leute wirklich gut spielten, war schon am Nachmittag das ganze Haus ausverkauft. Nur erkrankte plötzlich die Darstellerin der Königin. Mätkos irte der Direktor umher und brachte schließlich in Erfahrung, daß in dem Orte eine Schauspielerin lebte, die seit einigen Monaten ohne Engagement war. Sofort wurde der Dame hingeschickt, und diese erklärte sich auch gern bereit, die Rolle der Königin zu übernehmen. Ihre Garderobe hatte sie zwar mottenförmig verpackt, doch schnell waren die notwendigen Kleidungsstücke herausgeschickt, und eben noch rechtzeitig erschien die imposante Figur der Mutter Hamlets auf der Bühne. Ihr stolzes, fleischgewisses Auftreten machte auf das Publikum den besten Eindruck, läste aber auf die anderen Bühnemitglieder eine höchst originelle Wirkung aus. Der König schien einige krampfartige Versuche zu machen, seine Würde zu bewahren, brach aber plötzlich in so heftiges Niesen aus, daß die nicht allzu festen Bretter, auf denen er stand, bedenklich erzitterten. Sämtliche Höslinge, die Ehren Damen, alle folgten sie dem königlichen Beispiel. Nun erschienen Hamlet mit einer tief tragischen Miene, doch nach einigen konvulsivischen Bewegungen, die seine prinziplichen Flügel verzerrten, verhielt er das Haupt mit seinem düsteren Gewande, und Niesen auf Niesen war alles, was das verblüffte Publikum zu hören bekam. Dunkelrot vor Zorn trat zu guter Letzt noch der Regisseur hinter den Koulissen hervor, um nach der Ursache der eigenartigen Epidemie zu forschen. Aber ehe der Befreie noch zu Worte kommen konnte, brach auch er in marktschütterndes Niesen aus. Zwischen den Backsalben der stürmisch applaudierenden Zuschauer und dem immer noch nicht endenwollenden Niesen auf der Bühne senkte sich der Vorhang. Wie sich dann herausstellte, hatte die fremde Schauspielerin es in der großen Hast veräumt, ihre königliche Robe, die sie zum Schutz gegen die Motten stark eingepfeffert hatte, genügend auszuschütteln. —

Große Sensation im **Gaiety-Theater** erregte kürzlich, wie aus London geschrieben wird, ein von der dichtbesetzten Gallerie auf die Bühne herabgefeuerter Revolvergeschuß, der glücklicherweise niemand verletzete. Der Attentäter, ein Australier Namens Alfred John Hickey, der es augenscheinlich auf Miss Elaine Ferris, die Tochter des kürzlich ermordeten Schauspielers William Ferris, abgesehen hatte, konnte sofort festgenommen werden. Nachdem konstatiert wurde, daß die Kugel über die Köpfe der Zuschauer hinweggezogen war, aber keine der vielen Personen auf der Bühne getroffen hatte, nahm die Vorstellung „The Circus Girl“ ordnungsgemäß ihren Fortgang, obgleich im Publikum wie hinter den Koulissen noch die größte Aufregung herrschte, deren Wellen sich erst nach und nach etwas legten. Hickey scheint an Geistesstörung zu leiden. — Dem städtischen Museum in Leipzig wurde von einem

reichen Leipziger Bürger ein von **Sascha Schneider** her-rührender großer Karton als Geschenk angeboten. Das Museum aber hat, wie die Leipziger Volkszeitung mitteilt, die Annahme — verweigert. Es scheinen „Eitelkeitsgründe“ maßgebend gewesen zu sein. — **Karten aus Aluminium** sind in letzter Zeit in England ein sehr beliebter Artikel geworden, und zwar bediente man sich dieses leichtesten Materials in großen Mengen zur Uebermittlung des dort üblichen Weihnachtsgrußes als „Christmas card“. Die große Beliebtheit, deren sich diese Neuerung erfreut, hat ihren Grund nicht nur in der großen Leichtigkeit des Aluminiums, die für einfaches Porto die Versendung von 2-3 Karten gestattet, sondern vorzugsweise in dem prächtigen Eindruck, den das bemalte glänzende Metall macht. Dicke Wasserfarben eignen sich besonders zur Bemalung. Die Karte macht in einer schwarzen und goldenen Umschmung einen entzückenden Eindruck und der Glanz ihrer Farben erinnert an Seide. —

Gesundheitspflege.

Salami aus Pferdefleisch. Vorsicht beim Einkauf von Würst ist dringend erforderlich, wie ein Artikel der Deutschen Fleischer-Zeitung berichtet. In Weiskensee betreibt ein Fabrikant Nahrungsmittel-Fabrik, welcher, ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Konsumenten, es unternimmt, Fleisch von einem Nahrungsmittel her zu erzeugen, welches nicht den gesetzlichen Bestimmungen über die Verarbeitung von Fleisch zu Würst entspricht. Ueber den Fabrikanten ist die folgende Aufschrift in Form einer Wetterfahne angebracht wobei der Buchstabe N. im Wort Nahrungsmittel fehlt, auf der andern Seite trägt die Wetterfahne ein aufgezeichnetes Schwein, so daß, je nachdem der Wind weht, sich die Aufschrift dieser Fahne dem Beschauer zeigt. Bei einer Revision, zu welcher der Minister Burg der Berliner Fleischerinnung zugezogen war, wurde an drei verschiedenen Stellen in den Vorratsräumen verborgene, teils direkt in Fäulnis übergegangene Würst vorgefunden. Ueber zwei Körbe knochenloses, ungesalzenes Pferdefleisch hat die weitere Untersuchung durch einen Tierarzt das vollständige Verdorbensein des Fleisches ergeben. Nahrung hat das größte Absatzgebiet seiner Fabrikate, obgleich die Einführung von Pferdefleisch von auswärts nach Berlin verboten ist, dennoch in Berlin. Als Abnehmer werden Firmen der Delikatessen-Branchen genannt.

Bermischte Nachrichten.

Der Pastor Hülle, dessen Flugschriften wegen ihres sozialisten Inhalts vom deutschen Kaiser zur Ausschaffung in öffentlichen Krankenhäusern empfohlen worden sind, giebt auch eine Zeitung mit dem eigentümlichen Titel „Der Arbeiterfreund“ heraus. In der letzten Nummer dieses Arbeiterfreundes befindet sich ein **Mäßigkeitsrezept**, das jeder lohnbringende Unternehmer zweifellos mit großem Nutzen lesen wird. Es lautet: Der schottische Prediger

Wesley schrieb einmal in sein Tagebuch: „Es kommt mir fast unglücklich vor, daß ich heute in das 65. Jahr meines Alters getreten bin. Wie wunderbar sind doch Gottes Wege! Wie hat er mich von Kindesbeinen an erhalten. Von meinem 10. bis zum 13. oder 14. Jahre hatte ich nichts als trockenes Brot zu essen und nicht einmal genug um satt zu werden. Doch glaube ich, daß gerade diese sparsame Lebensweise den Grund zu meiner dauernden Gesundheit gelegt hat. Später wurde es mir zur Gewohnheit mäßig zu leben; auch trank ich nur Wasser. Dies beselzte meine Gesundheit noch mehr. Dadurch bin ich — und dafür preise ich Gott — von allen körperlichen Beschwerden frei geblieben.“ Hoffentlich fangen alle an der Ausbreitung der Mäßigkeit interessierte Pastoren, Herr Hülle an die Spitze, nunmehr an, in ihrem Weinkeller gründlich Auster zu halten. Desgleichen erhoffen wir vom Pastor Hülle, der er unter seinen Kollegen eine Bewegung gegen die den Geistes drohende Gehaltsaufbesserung mit aller Energie einleitet. In Wasser und Brot reichen die jetzigen Bezüge weit über die Mäßen. Wenn dann die Herren Pastor ein Jahrzehnt lang mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit dem Wesley'schen Rezept nachgelebt haben, werden auch die Arbeiter es sich überlegen, ob sie sich mit Hungerlöhnen zufrieden geben sollen. Aber ja gewissenhaft sein und nicht heimlich bei Rotzohn und Gänsebraten sitzen, Herr Hülle!

Nur nicht hässlich vor Gericht! Als jüngst Diegnitz ein Angeklagter zur Anklagebank ging, hielt er für angebracht, „Guten Morgen“ zu sagen. Darauf wurde ihm vom Vorsitzenden des Gerichts folgender Riß zu teil: „Den Gruß können Sie sich ein andermal ersparen wenn Sie auf die Anklagebank kommen. Sie denken wohl Sie kommen hier ins Wirtshaus. Solche Frechheiten werden hier nicht geduldet.“ —

Humoristisches.

Tausend Mark Belohnung zahlte ich demjenigen, der in den Eingeweiden oder Extremitäten amerikanischer Pferde, wie sie jetzt in Deutschland importiert werden, ein gemeinschädliches Insekt oder eine tödlich wirkende Bacillus entdeckt, wodurch ein Verbot der Einfuhr dieser Pferde als im „nationalen Interesse“ liegen geordnet werden kann. Naturforscher, welche in der Wissenschaft der kleinsten Lebewesen zu Hause sind und schon mikroskopische Erfolge aufzuweisen haben, Aerzte, welche bakteriologische Forschungen berufsmäßig betreiben, Chemiker, die sich vor keiner Arbeit scheuen, werden auf dieses Infecat besonderer Aufmerksamkeit gemacht. Die Ernennung des Entdeckers zum Ehrenmitglied des „Bundes der Notleidenden“ ist nicht ausgeschlossen. Gest. Meldungen werden nach dem Rittergut Agrarierfelde, Poststation Liebesgabenheim, Kreis Kiegenug, erbeten. Bottho von Nimmersatt, nationaler Pferdezüchter.

Zur Konfirmation!

Die erste größere Sendung moderner neuer Kleiderstoffe, schwarz und farbig, ist eingetroffen. Ich empfehle reinwollene große Kleider für 3.60, 4.32, 4.50, 5.40, 6 Mk. und höher. **Enorme Auswahl bei billigsten Preisen.** **Sudenburg Carl Schröder Breiteweg 106a.**

Buchhandlung Volksstimme
(Inhaber Bernhard Karbaum).
Geöffnet Wochentags von vormittags 8 Uhr bis abends 8 Uhr,
Sonntags von 11-2 Uhr vormittags.

Das **Notizbuch für Reichstagswähler**
von Fern. Schönsfeld-Dresden
erscheint auch in besonderen Ausgaben für bestimmte Landesteile des deutschen Reiches. Die Abtheilung **Mitteldeutschland** welche auch die Statistik der Reichstagswahlen für die Provinz Sachsen enthält, empfehlen wir im speziellen. **Preis 20 Pfennig.**

Von der **Neuen Zeit**
ist Heft 20 erschienen.
Es enthält eine Reihe sehr wissenschaftlicher Artikel.
Preis 25 Pfennig.

Akademiker und Sozialismus
Von August Bebel. **Preis 25 Pfennig.**

Inseren werben Kunden zur gefl. Mitteilung, daß wir unsere Geschäfte abends um 9 Uhr schließen.
H. Schütze H. Möller
Uhrmacher
Magdeburg-Buckau.

Standesamt.
Magdeburg, 8. Februar.
Aufgebote: Kutscher Aug. Friedrich Hermann Wilpert mit Friederike Auguste Hermine Wilhelmine Schütze in Saalborn. Briefträger Friedrich Wilhelm Schild hier mit Katharine Marie Steffens in Wernitz. Arbeiter Wilhelm Bräning in Sudenburg mit Wwe. Luise Waldborn, geb. Notnagel, in Groß-Öttersleben. Schlosser Ernst Felig Herber mit Marie Bertha Elise Degering in Mannheim. Goldarbeiter Max Schulze mit Minna Mühlsberg hier. Ueberzähliger Vicefeldwebel u. Fahnenführer. Asp. im Fuß-Art.-Regt. Nr. 4 Kurt Triebel mit Emma Naul hier. Schiffseigner Georg Ludwig Karl Höppler in Verburg mit Luise Anna Bertha Meyer in Schönebeck. Geprüfter Heizer Otto Wobbe in Neustadt mit Martha Laubach hier. Brauer Viktor Bürger in Neuhaldensleben mit Anna Werner in Kördelitz.
Eheschließungen: Kaufm. Disponent Paul Marzki hier mit Franziska Schütze in Könnigsbühl. Arbeiter Otto Thimmeler mit Anna Schöniß hier.
Geburten: Willibald, S. des Beden-zurichters Gustav Klütke. Lucie, T. des Buchhalters Wilhelm Kalling. Ernst, S. des Gärtners Ernst Schiller. Albert, S. des Arbeiters Albert Sanftleben. Hilda, T. des königl. Eisenb.-Sekt. Riß. Dießing. Martha, T. des Gärtners Hermann Dieß-

Erna, T. des Schlossers Karl Beier. Hilde-gast. Mitteilung, daß wir unsere Geschäfte abends um 9 Uhr schließen.
Erna, T. des Schlossers Karl Beier. Hilde-gast. Mitteilung, daß wir unsere Geschäfte abends um 9 Uhr schließen.
Todesfälle: Otto Kahl, Glaschreiber, 29 J. 10 M. 26 T. Moritz Bieri, Ver-Beamter, 40 J. 9 M. 24 T. Robert, unehel., 10 T. Auguste, geb. Bertram, Ehefrau des Eisenbrechers Christ. Reuschel, 51 J. 14 T. Mette Willdenpennig, un-verehel., 34 J. 6 M. 14 T. Anna, T. des Bierfahrers Friedrich Barwel, 17 T. Wolfgang, S. des Kaufmanns Hermann Günther, 1 J. 7 M. 8 T. Max, S. des Kaufmanns Ernst Trautmann, 4 M. 27 T. Irma, unehel., 2 M. 2 T. Karl, S. des Schlossers Karl Dörge, 23 T.
Sudenburg, 8. Februar.
Eheschließungen: Arbeiter Friedrich Dandwort mit Emma Freitag hier.
Geburten: Frieda Elise, unehelich, Wilhelm, S. des Schlossers Wilhelm Bogt. Anna, T. des Stellmachers Otto Hartmann. Todesfälle: Caroline geborne Paake, Witwe des Maurerpoliers Ferd. Fiechold, 78 J. 5 M. 9 T.
Buckau, 8. Februar.
Geburten: Karl, S. des Schlossers Karl Wagner. Erna, T. des Arb. Otto Klemer.
Neustadt, 7. Februar.
Eheschließungen: Arb. Friedrich Kersten mit Anna Hafe. Dr. jur. James Brandus mit Elisabeth Brandus.
Geburten: Kurt, S. des Brauers Ernst Tiege. Paul, S. des Tischlers Herm. Grefse. Richard, S. des Bahnarbeiters Richard Niffel. Bertha, T. des Stell-machers Karl Scheidemann. Ida, T. des Tischlers Friedrich Keil. Hermann, S. des Schmieds Otto Kramer. Anna, T. des Handschuhmachers Richard Wildt.
Todesfälle: Gertrud, T. des Bäcker-meisters Paul Müller, 1 J. 10 M. 17 T. Borzellanmaler Gust. Haase, 65 J. 5 M. 7 T. Margarete, T. des Schmieds Carl Günther, 9 M. 15 T.

Sehenswürdigkeiten.
Buchhandlung der Volksstimme, Br. Weg 127. Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr. Sonntags 11-2 Uhr nachmittags geöffnet.
Der Don unentgeltlich geöffnet in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September früh 9 bis 10 Uhr, sonntags freiz in der Zeit zwischen dem Vormittags-gottesdienst der Civil- und Militär-gemeinde. In allen anderen Zeiten Melbung beim Kister, Gebühr 50 Pf.
Grünsohn'sche Gewächshäuser im Fried- rich Wilhelms-Garten: Geöffnet von morgens 9 Uhr bis nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit. Eintritt Montags 1 M., an den übrigen Tagen 30 Pf., schulpflichtige Kinder 20 Pf. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. In Sonntagn geöffnet von vormittags 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. In jedem ersten Sonntag im Monat ist der Eintritt frei, sonst vormittags 30 Pf., nachmittags 10 Pf.
Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11-2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11-3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pf.
Mathes Kunstsalon. Geöffnet Wochen-tags 8-7 Uhr. Eintritt frei.
Gemälde-Ausstellung, Ulrichstraße (neben dem Magdeburger Hof). Geöffnet von früh 10 bis abends 9 Uhr. Preis 20 Pf.
Panorama Magdeburg, Kaiser Wil-helm-Platz.
Stadtbibliothek: An den Wochentagen geöffnet von 10-11½ Uhr.
Geinrichshof'sche Kunstausstellung Eintritt frei.

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Wölfler, Magdeburg, Breiteweg 127. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg, Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Abhaltung: Breiteweg 127 (Eingang Schrotbohrerstraße). Preis pro Anschlag Nr. 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Belegbogen) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Anschlag in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mt., 2 Exempl. 2.80 Mt. In der Provinz und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mt., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 vgl. Belegbogen. Einzelne Nummern (einschl. der Mittwoch erscheinenden Beilage) 5 Pf., mit der Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Voh-Belegbogen Nr. 7189.

Nr. 34.

Magdeburg, Donnerstag, den 10. Februar 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Chronik auf das Jahr 1848.

10. Februar.

In München verkündet ein Anschlag am Schwarzen Brett die Schließung der Universität bis zum Wintersemester. Ferner wird den nicht aus München gebürtigen Studenten aufgegeben, innerhalb 24 Stunden die Stadt zu verlassen, ein Befehl, dem die Meisten schon aus Mangel an Reisegeld gar nicht nachkommen können. Ferner erzählt man, die Universität werde in der Zwischenzeit bis zum Winter nach Landshut zurückverlegt werden.

Jetzt war die Geduld nicht nur der Studenten, sondern vor allem auch die der Bürgerschaft gerissen, die zum guten Teil von den Studenten lebte. Ganz München kam in Bewegung. Der akademische Senat versammelte sich, die Magistratskollegien traten zusammen, die Bürgerschaft prüfte in das Rathaus und zog gegen 4 Uhr nachmittags, mehr als 2000 Köpfe stark, von gewaltigen Menschenmengen umgeben, nach dem Schlosse. Anfangs war der König wenig geneigt, auf die Stürmpetitionen einzugehen. Als aber gegen Abend die Aufregung wuchs und in der Bavarstraße, wo die Spanierin wohnte, sich der Volkszorn bedenklich geltend zu machen begann, mußte der König wohl einsehen, daß er die Geduld seiner Münchener überschätzt hatte. Abends um 10 Uhr beglückte er sein Volk mit folgender schönen, selbstverfaßten Proklamation:

Zehe, da die Bürger sich ruhig zurückbegeben haben, ist mein Vorhaben, daß statt erst mit dem Wintersemester bereits mit dem Sommersemester die Universität wieder geöffnet werde, wenn bis dahin Münchens Einwohner sich zu meiner Zufriedenheit benehmen. Das Wohl der Bürger liegt mir am Herzen; das bewies ich seit mehr denn 22 Jahren.

In Neapel blieb während der ersten Tage des Februar alles ruhig. Man erwartet den endgültigen Erlaß der zugesagten Verfassung, die am 10. Februar in der Fassung des Entwurfs vom 29. Januar verkündet wird. Neue Jubelfeiern. In allen Kirchen wird das Leben angestimmt. Die Erregung gegen Oesterreich ist im steten Wachsen, weil Metternich gegen den Erlaß der Verfassung heftigen Einspruch erhoben hat. Der Gesandte des verfassungsfreundlichen England, Lord Napier, wird dagegen vielfach gefeiert.

Morgen:

Iola Montez.

Druckerschwärze und Papier.

Den flottenfreundlichen Parteien ist neues Heil widerfahren — mit einem dickleibigen Bande ausgerüstet marschieren sie aufs neue gegen die vaterlandslosen Gesellen an, die vermessen genug sind, der Regierung die gewünschten Moneten für die gewünschte Flotte zu verweigern.

Auf Veranlassung des Reichsmarineministers ist dem Reichstage eine Denkschrift zugestellt worden, welche auf 242 Quartseiten darthut: 1. Deutschlands bisherige Flottenausgaben stehen hinter denjenigen aller europäischen Großstaaten (Oesterreich-Ungarn ausgenommen) und den Unionsstaaten zurück. Trotz außerordentlichen Aufschwungs des Seehandels und der Handelsflotte seit 1880 liefen die Marineausgaben seitdem nicht stärker, sondern durchgehend weit weniger als diejenigen anderer Staaten an. 2. Die Aufwendungen für die Landesverteidigung überhaupt, einschließlich der Aufwendungen für die Schuld, sind gegenüber den anderen Großstaaten sehr mäßig gewesen. Sie sind im Verhältnis zur Gesamttheit der öffentlichen Ausgaben niedriger als irgendwo sonst. 3. Die Belastung der Bevölkerung durch öffentliche Abgaben ist zumeist sehr viel geringer, als in irgend einem Großstaate Europas oder Amerikas, namentlich bleiben die Anforderungen des Heeres und der Marine an die Steuerkraft weit hinter allen anderen Großstaaten zurück. Und dies wird alles zahlenmäßig „festgestellt“. Daß diese „Feststellung“ manchmal grade das Gegenteil von demjenigen besagt, was ihre Verfasser bisweilen herauslesen, scheint große Geister nicht zu genieren. Wir aber, die wir allem Autoritätsdusel fremd gegenüberstehen und für Schönfärberei kein Verständnis haben, müssen wohl oder übel unterfragen, auf welcher Grundlage diese „Feststellung“ aufgebaut ist.

Wenn man sich durch die falschen Schlussfolgerungen der Rechnung nicht beirren läßt und in die Materie selbst eindringt, so ergibt sich (wie die Freimüthige Zeitung hervorhebt) aus der „Feststellung“ klar und deutlich, daß Deutschland schon gegenwärtig in der Ausgaben für Heer und Flotte an der Spitze der Groß-

mächte marschirt. Um diese Thatsache zu verhillen, werden in den Tabellen den Ausgaben für Heer und Flotte und den zugehörigen Pensionen die Zinsen aller in der Vergangenheit aufgenommenen Kriegsschulden zugerechnet. Deshalb also, weil Frankreich nicht Milliarden empfangen, sondern bezahlt hat, weil in der französischen Kriegsschuld alle Sünden der Napoleonischen Wirtschaft dieses Jahrhunderts enthalten sind, soll Deutschland sich an den Ausgaben ein Beispiel nehmen, welche Frankreich für seine Landesverteidigung einschließlich der Zinsen der Kriegsschulden aufbringt. Ebenso verhält es sich mit den Kriegsschulden von Rußland, Großbritannien, Oesterreich und Italien. Ganz naiv heißt es in der Begründung, daß die Staatsschulden nach Abzug der Eisenbahnschulden doch „vorwiegend militärischen Bedürfnissen ihre Entstehung verdanken“. Diese militärischen Bedürfnisse, welche zu Kriegsschulden Veranlassung gegeben haben, liegen aber bei den genannten Staaten nicht bloß Generationen, sondern teilweise Jahrhunderte weit zurück, während die deutschen Schulden bekanntlich für Kriegszwecke erst seit zwanzig Jahren, in der Hauptsache erst seit zehn Jahren gemacht sind und mit der gegenwärtigen Kriegserkennung daher in engem Zusammenhang stehen.

Läßt man nun die Schuldzinsen außer Betracht, so ergibt sich aus den amtlichen Darlegungen, daß Deutschland für 1898, also zusätzlich der neuen Ausgaben in dem Reichstage vorliegenden Etatsentwurf, für Landheer, Flotte und Pensionen schon 828 Millionen Mark verausgabt. Dahinter kommt dann für 1897 Großbritannien mit 814 Millionen, Frankreich mit 786 Millionen, Rußland mit 759 Millionen, Oesterreich mit 370 Millionen und Italien mit 318 Millionen.

Für 1897 belief sich die deutsche Ausgabe auf 796 Millionen, und ist daraus in dem Tabellenwert berechnet, daß auf den deutschen Kopf Ausgaben von 14.66 Mark entfallen. Bei unseren Verbündeten in Italien betragen diese Ausgaben auf den Kopf nur 10.16 Mark, in Oesterreich-Ungarn 8.25 Mark, in Rußland betragen sie sogar nur 5.89 Mark. Aber triumphierend wird in den Tabellen hervorgehoben, daß für Frankreich die Ausgaben sich auf 20.23 Mark, für Großbritannien auf 20.30 Mark pro Kopf belaufen. Dabei wird nur das Eine außer Betracht gelassen, daß die großbritannischen Ausgaben, namentlich die Ausgaben für die Flotte im Betrage von 447 Millionen, sich auf ein Kolonialreich von 860 Millionen Einwohnern mitbeziehen. Die englischen Kolonien haben, abgesehen von Indien, nur sehr geringe Militär- und Marinebudgets und erhalten eine Ergänzung ihrer Wehrkraft durch das Mutterland, namentlich durch die Flotte. Bekanntlich befindet sich die Hälfte der englischen Landarmee in den Kolonien, ganz abgesehen von den eigentlichen Kolonialtruppen. Auch in Frankreich beziehen sich die Ausgaben für Landheer und Flotte mit auf ein Kolonialreich von 33 Millionen Einwohnern. Wenn man diese Kopfsahl des englischen und französischen Kolonialreichs auch nur zu einem Bruchteil mit in Anrechnung stellt, so ergibt sich, daß auch nach der Kopfsahl der Bevölkerung kein Land soviel schon jetzt für Landheer und Flotte ausgiebt wie Deutschland.

Den Haupttrumpf sucht die „Feststellung“ jedoch auf S. 18 anzuspitzen: Es wird dort triumphierend verkündet: „Von der gesamten Regierungsausgabe in Preußen-Deutschland, pro Kopf an Staats- und Lokalaufwand zusammen, von 92.75 Mark, entfällt auf die Marine einschließlich Pension nur 2.21 Mark = 2.38 Prozent, auf die Landesverteidigung insgesamt 14.66 Mark = 15.80 Prozent und auf Landesverteidigung und Schuld zusammen 20.85 Mark gleich 22.47 Prozent. Von der gesamten Pro-Kopf-Ausgabe bleiben also noch 71.91 Mark = 77.53 Prozent für produktive Zwecke frei.“ Das ist der Kernpunkt der Beweisführung. Der deutsche Staatsbürger sieht auf einmal zu seinem riesigen Erstaunen, daß er in gar keinem Militärstaate, wie er immer glaubte, sondern in einem Gemeinwesen lebt, das nicht weniger als beinahe 80 Prozent aller Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung produktiv, d. h. für Civilverwaltung, Rechts- und Gesundheitspflege, Volkswirtschaft, Bildung und soziale Zwecke verwendet.

Nun wollen wir uns gar nicht dabei anhalten, daß in den Ausgaben auf alle oben aufgezählten „produktiven“ Zwecke 90 Prozent immer zum Nutzen der bestehenden Klassen zu rechnen sind, während die den Besitzenden den Hauptteil der Einnahmen bringen müssen. Es ist eine Binsenwahrheit, die nicht immer wiederholt zu werden braucht. Wenn die Sache liegt noch viel schöner: die anscheinend große Prozentzahl für so gen. Kulturausgaben in der Berechnung des Reichsmarineministers ist nur dadurch erzielt, daß

bei Preußen die Ausgaben der Stadt Berlin, bei Sachsen die von Dresden, bei Bayern die von München usw. den Staatsausgaben für Kulturzwecke glattweg hinzugerechnet wurden. Der Staat Preußen will für sich dasjenige in Anspruch nehmen, was die Gemeindegewerkschaften seiner Hauptstadt für Schulen, Gesundheitspflege u. ausgiebt, ja vielfach ausgeben muß, weil der Staat eben seine Schuldiener in allen jenen Richtungen nicht thut! Diese tolle Rechnung hat natürlich nicht den geringsten Anspruch darauf, ernst genommen zu werden. Aber ihr Zahlenwert liefert prächtige Anhaltspunkte für eine richtige Berechnung.

Stellt man nämlich mit Beiseitelassung der hauptstädtischen Kulturausgaben die wirklichen Landesausgaben für Militär einerseits und geistige Interessen wie Gesundheitspflege andererseits einander gegenüber, so ergibt sich etwas ganz anderes: unter den fünf größten deutschen Bundesstaaten haben Bayern und Preußen die höchsten Ausgaben für Soldaten, nämlich 44.07 bezw. 40.07 Prozent ihrer Gesamtausgaben, zugleich aber die niedrigsten Ausgaben für die oben genannten Kulturzweige, nämlich 13.28 bezw. 10.80 Prozent ihrer Gesamtausgaben. Preußen speziell steht am allertraurigsten bezüglich dieser Kulturausgaben da mit seinen 10 Prozent von einem Meilenbudget, während z. B. Württemberg doch wenigstens 18 Prozent für jene Kulturzwecke übrig hat. Und damit sollen die preussischen Flottenpläne gerechtfertigt werden?

Das ganze Tabellenwerk erweist sich daher als ein Fehlschlag, der nicht den Flottenfreunden sondern den Gegnern der Flotte vortrefflich zu statten kommen wird. Trotz des Aufwandes von Druckerlöcher und Papier werden die Marine-Offiziere und Offizierskinder doch dem deutschen Volke keine Begeisterung für eine abenteuerliche Eroberungspolitik des Evangeliumsturmes einhauchen können, derweil ihm daheim seine paar kümmerlichen Rechte durch Stumm, Polakowsky u. Co. veräußert werden.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Das Bündlerorgan erinnert zu rechter Zeit an den vor zehn Jahren gefallenen Ausspruch des Fiksten Bismarck: Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt. Eine famose Illustration dazu boten (wie treffend die Volks-Zeitung ausführlich) die Nebenkonferenzen Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus am Montag, aus dem hervorging, wie groß die Furcht vor der Sozialdemokratie bei ihnen ist. Aus Furcht vor ihr, aus Furcht vor einem einzigen sozialdemokratischen Privatdozenten vernichten sie die bisherigen Disziplinarrechte der Universitäten über den Professoren-Nachwuchs! Aus dieser Furcht heraus treiben sie den preussischen Staat immer tiefer hinein in Zustände, wie sie für das vormärzliche Regime Metternichs und des alten deutschen Bundestages charakteristisch waren. Helfen werden der Reaktion alle diese Maßnahmen nicht. Im Gegenteil! Immer offener wird es auch den Lauesten und bisher Vertrauensseligsten, daß nur durch eine entschiedene und konsequente Opposition gegen die Reaktion eine Besserung der Verhältnisse zu erzielen ist. Die nächsten Wahlen werden über die Wirkung aller gesetzgeberischen Maßregeln zur Unterdrückung der Freiheit des politischen Bekenntnisses Aufschlüsse geben, die nichts mehr und nichts weniger bedeuten werden, als einen ungeahnten moralischen Erfolg derjenigen Partei, die man mit Gewalt vernichten will. — Zu gleichem Schluß kam auch unser Berliner Mitarbeiter.

Die Frankfurter Zeitung bekundet gleich uns, daß die Kommission des Reichstags zur Beratung der Militärstrafprozedur in Bezug auf die Öffentlichkeit des Verfahrens eine Oberflächlichkeit und Nachgiebigkeit an den Tag gelegt hat, die das ganze Reformwerk in einem seiner wichtigsten Teile unbrauchbar machen. Was die Kommission beschloffen hat, ist im wesentlichen nur die Bestätigung des Entwurfs; es ist dem Kaiser völlig überlassen, den Ausschluß der Öffentlichkeit aus Gründen der Disziplin nach Belieben durch Verordnung zu regeln, so daß also unter Umständen jedes Verfahren, das auch nur in losem Zusammenhang mit der Disziplin steht, jedes Verfahren gegen militärische Vorgesetzte, jede Soldatenmißhandlung u. dergl. unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt werden kann; ja selbst bei Zulassung der Öffentlichkeit ist nicht einmal für eine wirkliche Öffentlichkeit, d. h. für eine Zulassung der sich Meldenden ohne parteiische Auswahl Gewähr gegeben. Die Väter und Mütter, die ihre Söhne in den Kajernen zu stecken haben und in der süßen Hoffnung leben, ihre Söhne im bunten Rock vor sich zu sehen, können sich bei der Mehrheit des deutschen Reichstages schütten bedanken.

Eröffnung Sonnabend Mittag 1 Uhr.

Ehrenfried Finke, Magdeburg

Breite Weg No. 125/126, Eckladen Schrottdorferstrasse
vis-à-vis der Volksstimme

Kaufhaus für feine Herren- und Knaben-Bekleidung

Grosses Stofflager Fabriklager in Arbeits-Garderoben Anfertigung nach Mass

Reelle Bedienung. Große Auswahl in Hüten, Mützen u. Schirmen. Streng feste Preise.

General-Versammlung der Orts-Kranken-Kasse für die im Maurer- u. Baugewerk beschäftigten Personen

findet am Freitag, den 11. Februar ex., abends 8 Uhr im
Gartenfaale der **Buckauer Bierhalle** statt.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung für das Jahr 1897.
2. Vorstandswahl.
3. Wahl von Rechnungsprüfern.
4. Wahl von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern zur Teilnahme an den General-Versammlungen.
5. Mitteilungen.

Magdeburg, den 3. Februar 1898.

Der Vorstand.
S. N. Otto Felgenträger.

Burg. im Hofjäger Große öffentliche Gewerkschaftsversammlung.

Sonnabend, den 12. ds. Mts., abends 8 Uhr

Sonnabend, den 12. Februar 1898

im „Dreikaiserbund“, Große Storchstraße Nr. 7

II. Stiftungsfest

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Sektion der Installateure.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Anfang 8 Uhr. Das Komitee.

Für Unterhaltung während der Kaffeepause ist bestens gesorgt.

Fermerleben.

Sonntag, den 13. Februar 1898

Großer Maskenball

im Gasthof zum Engel.

Für Unterhaltung ist bestens Sorge getragen. Zur Aufführung gelangt als Spezialität

Der Klapperwalzer.

Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 8 Uhr. — Die hochelegante Maskengarderobe des Herrn C. Franke ist von 4 Uhr an im Lokale anwesend. Ergebnisse ladet ein

Arbeiter-Turn-Verein „Angola“.

Sonnabend, den 12. Februar:

Bergzüge im Gesellschaftshaus zur Krone

Schauturnen und Ball.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — Anfang 8 Uhr. Ergebnisse ladet ein Das Komitee.

A. Friedländer

Ältestes Waren- u. Möbel-Kredit-Haus Magdeburgs
nur Breiteweg 118, I.

Gesucht werden:

Nutzgelderlicher Arbeitssuchende des
Baugewerks Magdeburgs (Klein-
Klosterstraße 15/16): Feilenhauer, Stell-
macher auf Aufschwager, Schmiebe und
Sattler auf Wagenbau, Tischler, Schuh-
macher und ein Gärtnerlehrling mit guter
Schulbildung.

Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitssuchende des
Baugewerks Magdeburgs (Klein-
Klosterstraße 15/16): Schmiede, Formler,
Schlosser, Dreher, Feiler u. Maschinenler,
Töpfer, Zimmerer, Maurer, Modell-
tischler, Sattler, Gärtner, Arbeiter für
jede Arbeit und Arbeiterinnen.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

zu ganz billigen Preisen
unter voller Garantie
empfiehlt

H. Hahnwald

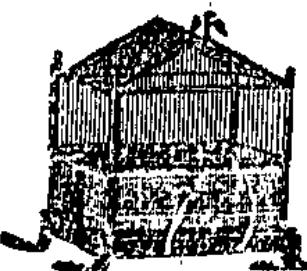
Magdeburg-Sudend., Breiteweg 51.

Manchester-Sammet

ganz weich, in den schönsten Farben,
vorzüglich passend zu
Kinder-Anzügen
hält in enorm großer Auswahl am
Lager

G. Gehse

Magdeb., Johannisplatzstr. 14.
Beste Bezugsquelle aller Arten
Herren- und Knaben-Garderobe.



Gesundheits- Vogelbauer

nach Dr. Carl
Ruh (D. N. 3
53051), von den
einfachsten bis zu
den elegantesten,
sowie die Spar-
füter- u. Vorrich-
tungen in allen Größen, Glasabbeugungen

Neu! Unzerbrechliche
Rabenhäuschen. Neu!
Heinr. Schmidt, Klempnermeister,
Gr. Münzstr., Ecke Rutschersstr.

2 Sofas billig
Bismarckstraße 5, S., 2 Tr. r

Konfirmanden- Anzüge a 7.50.

Konfirmanden-
Anzüge a 8.00.

Konfirmanden-
Anzüge a 8.50.

Konfirmanden-
Anzüge a 9.00.

Konfirmanden-
Anzüge a 9.50.

Konfirmanden-
Anzüge a 10.00.

Konfirmanden-
Anzüge a 10.50.

Konfirmanden-
Anzüge a 11.00.

Konfirmanden-
Anzüge a 12.00
bis 18.00.

L. Märker

Breiteweg 80/81

Ede Katharinen-Kirche
Gute Bedienung durch Selbst-
konfektion und
grösste Auswahl.

20 Kleider- schränke

werden einzeln
mit einer Anzahl-
ung von Mark 5
und wöchentlich
Abzahlung von
Mark 1 an abge-
geben.

S. Osswald

Ulrichsstraße 14
1. Etage
gegenüber der
Ulrichskirche.

Pantinenhölzer

sowie
sämtl. Artikel zur Holz- und
Fikpantinenfabrikation
zu billigen Preisen empfiehlt die

Lederhandlung von
Gust. Friese, Neustadt, Luisenstr. 1.

3 St. seine neue Heckebeuer u. a. z. verl.
C. Herbst, Gr.-Diersleb, Melkenwinkel 5.

* Dunst Waschtislette und Spiegel
zu verkaufen. Martinstraße 8, v. I.

Selbst ist der Mann!

Darum lasse sich niemand durch die Lebens-
art: „Sie sind zu schwach zu einem Dampf-
bad“, davon abhalten, ein **Roborant-
Dampfbad** zu nehmen. Ein solches wird
stets, auch von dem schwächsten Patienten,
getragen und mit bestem Erfolg genommen.
Probe-Dampfbad nur 1 Mark
gegen Abgabe dieser Annonce.

Z. Seebach's Badeanstalt, Gr. Schulstr. 4
105 Lieferant fast sämtlicher
Krankentassen Magdeburgs und Umgegend.



Zum Natur-
heilverfahren
empfehle meine
Boll-, Kumpf-,
Sitz- und Fuß-
bäder, u. u. Wiegenabbeugungen, sowie
Bollbampf-Badeappar., Dampfbauchentum.
auch selbige zu verleihen.

Heinr. Schmidt, Klempnermeister,
Gr. Münzstr., Ecke Rutschersstr.

Freundlich möbliertes Zimmer zu ver-
mieten Fettehennestraße 2/3, Stahlhut.

Frbl. möbl. Zimmer zu verm. Budau,
Wanzlebenerstraße 13, Wwe. Deutschmann.

Anst. Logis, f. E., Bismarckstr. 19 S. III 1.

* Anständiges Logis für zwei junge
Gente Morgenstraße 19, p., r.

* E. Tuch ist v. Grusonstr. 9 bis Nr. 7 verl.
Beg. Belohn. abzug. v. Weinert, Grusonstr.

Beleth's Restaur.

Bukau, Martinsstr. 5.
Donnerstag abend:

Marren-Abend.

Kapelle Heinemann. 249

Ein Dienstmädchen

im Alter von 16-19 Jahren sucht
Gütze, Kurfürstenstraße 24.

Walhalla-Theater.

215 Täglich Künstler-
Spezialitäten-Vorstellungen.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 10. Februar 1898.
Abschieds-Gastspiel der königl. bayerischen
Kammerängerin Fel. Emanuela Frank
vom königlichen Hoftheater in München.
Auf allgemeines Verlangen:

Liba.

Große Oper in 4 Akten von Verdi.
Ammeris — Fel. Emanuela Frank als Gast.
In Vorbereitung:

Göthes Faust. 2. Teil.

Mit vollständig neuer Ausstattung an
Dekorationen, Kostümen und Requisiten.

Wilhelm-Theater.

Donnerstag, den 10. Februar 1898
Gasparone.

Cirkus- Theater.

Heute Donnerstag 8 Uhr:
8. Serie

des

Welt-Programms

Luppu

-Troupe

Staches Luftred.

Phänomenal! Phänomenal!

Gastspiel

Alice Raymond

Französische Eccentrique-Soubrette.

Eugenie Wermke

Hercule la femme.

Willy Nessmann, humorist.

Baronin von Mitacor

Tableaux vivants.

Mary Wetterlé

Konzerthängerin.

Novikoff-Trio

Russ. Gesangs- und Tanz-Triozett.

Taylor Bros

Musikalische Eccentriques.

160 Aphantis 160

u. Javaner 160

in der großen Pantomime.

Von 12 Uhr ab geöffnet:

Gr. Ethnograph.

Schaustellung

Eintritt 50 Pfg.

Kinder und Militär 30 Pfg.

In Nr. 29 der Volksstimme ist

in dem Inserat von Friedr. Meyer,

Neustadt, irrthümlicherweise Breite-

weg 24 anstatt Breiteweg 14 ge-

setzt worden, was hiermit richtig-

gestellt wird.